

Bericht der Herbstsession 2016

Rückenwind für den Wissensplatz Schweiz

Das Parlament fällte in der Herbstsession verschiedene positive Beschlüsse zugunsten des Wissensplatzes Schweiz. So einigten sich National- und Ständerat darauf, den Finanzrahmen für Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017-2020 um 395 Millionen Franken aufzustocken. Für die internationale Forschungszusammenarbeit besteht weiterhin Hoffnung, dass sich die Schweiz ab 2017 vollumfänglich am europäischen Forschungsrahmenprogramm Horizon 2020 beteiligen kann, da sich der Nationalrat für eine EU-konforme Umsetzung des Verfassungsartikels über die Zuwanderung aussprach. Die Debatte wird in der Wintersession weitergeführt.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Petra Studer, petra.studer@netzwerk-future.ch

ENTSCHEIDE DES PARLAMENTS

BFI-Botschaft 2017-2020 wird um 395 Millionen aufgestockt

Die eidgenössischen Räte einigten sich in der Herbstsession darauf, die finanziellen Mittel für Bildung, Forschung und Innovation (BFI) in den Jahren 2017-2020 (**16.025**) gegenüber dem Vorschlag des Bundesrates um 395 Millionen Franken aufzustocken. Nach dem entmutigenden Entscheid des Nationalrats, der in der Sommersession alle Anträge für Mittelerhöhungen abgelehnt hatte, konnte eine breite Allianz aus Hochschulen, Forschungsinstitutionen, Kantonen, Wirtschaftsverbänden und

Gewerkschaften die Ständerätinnen und Ständeräte im Spätsommer davon überzeugen, dass der BFI-Bereich auf zusätzliche Ressourcen angewiesen ist. Die kleine Kammer machte am 12. und 13. September 2016 den ersten Schritt zu einem Kompromiss und korrigierte die BFI-Botschaft gezielt in vier Punkten. Mit 33 zu 12 Stimmen erhöhte der Ständerat die Mittel für die Berufsbildung um 100 Millionen Franken. Zusätzliche 160 Millionen sprach er für den ETH-Bereich (33 zu 11 Stimmen) sowie 55 Millionen für die Universitäten (30 zu 14 Stimmen) und 40 Millionen für die Fachhochschulen (31 zu 13 Stimmen). Im Weiteren stockte die kleine Kammer die finanziellen Mittel für die Technologiekompetenzzentren um 40 Millionen auf (35 zu 8 Stimmen).

Klare Mehrheiten in der grossen Kammer

Nur zwei Tage später, am 15. September 2016, lenkte der Nationalrat ein: Nun stimmte auch die grosse Kammer den Beschlüssen des Ständerates zu und sprach die zusätzlichen Mittel für Berufsbildung (123 zu 64 Stimmen bei 5 Enthaltungen), ETH-Bereich (110 zu 79 Stimmen bei 5 Enthaltungen), Universitäten (112 zu 80 Stimmen bei 2 Enthaltungen), Fachhochschulen (112 zu 79 Stimmen bei 3 Enthaltungen) sowie zugunsten der Technologiekompetenzzentren (115 zu 77 Stimmen bei 5 Enthaltungen).

Mit dieser Aufstockung um knapp 400 Millionen Franken verabschiedete das Parlament einen Finanzrahmen für den BFI-Bereich von insgesamt knapp 26,4 Milliarden Franken für die vierjährige Periode. Das entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Mittelwachstum von 2,5%. Der Bundesrat hatte in seinem Entwurf ein Wachstum von nur gerade 2% geplant.

Schlussabstimmungen in der Wintersession

Zusammen mit der Finanzierungsbotschaft behandelte das Parlament mehrere Gesetzesänderungen – darunter eine Revision des Gesetzes über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen. Eine Mehrheit der vorberatenden Kommission (WBK-S) verlangte, dass das Parlament die vom Bundesrat für den ETH-Bereich festgelegten strategischen Ziele genehmigen solle. Der Ständerat lehnte diese Idee jedoch mit 23 zu 21 Stimmen knapp ab. Eine letzte Differenz zwischen den beiden Räten besteht beim Berufsbildungsgesetz: Der Ständerat wird in der Wintersession noch über die genauen Bestimmungen für die Unterstützung von Absolventen der höheren Berufsbildung entscheiden. Auch die Schlussabstimmungen zur BFI-Botschaft 2017-2020 werden erst in der Wintersession erfolgen. Die finanziellen Bundesbeschlüsse sind jedoch nicht Gegenstand der Schlussabstimmungen, sondern sie sind bereits jetzt rechtskräftig.

➤ **Protokoll des Ständerats vom 12. September 2016**

➤ **Protokoll des Ständerats vom 13. September 2016**

Stabilisierungsprogramm 2017-2019: Ständerat senkt BFI-Anteil

Bildung, Forschung und Innovation sollen einen geringeren Anteil am Stabilisierungsprogramm in den Jahren 2017-2019 (**16.045**) leisten als die ursprünglich vom Bundesrat geplanten 485 Millionen Franken. Mit 26 zu 18 Stimmen entschied der Ständerat in der dritten Sessionswoche, das Sparvolumen im BFI-Bereich auf 196 Millionen Franken zu senken. Grund dafür ist die Aufstockung der finanziellen Mittel in der BFI-Botschaft 2017-2020, welche beide Kammern bereits in der ersten Sessionswoche beschlossen hatten: Damit die zusätzlichen Mittel ab dem Jahr 2017 ausbezahlt werden können, muss das Volumen des Sparprogramms entsprechend verkleinert werden. Der Nationalrat wird erst in der Wintersession über das Stabilisierungsprogramm 2017-2019 entscheiden.

Nationalrat will Zuwanderung EU-konform regeln

Der Nationalrat diskutierte in einer langen Debatte die Umsetzung des neuen Verfassungsartikels 121a über die Zuwanderung (**16.027**). Die Mehrheit der grossen Kammer sprach sich schliesslich dafür aus, die Initiative gegen Masseneinwanderung mit einem leichten Inländervorrang umzusetzen. Dieses Vorgehen ist kompatibel mit dem Abkommen über die Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union. Damit wäre die Bedingung für die Ratifizierung des Kroatien-Protokolls durch den Bundesrat erfüllt. Die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien ist wiederum Voraussetzung dafür, dass sich die Schweiz ab 2017 vollumfänglich am europäischen Forschungsrahmenprogramm Horizon 2020 beteiligen kann.

Konzept mit drei Stufen

Das vom Nationalrat verabschiedete Konzept zur künftigen Steuerung der Zuwanderung sieht ein dreistufiges Modell vor: In einem ersten Schritt soll das Potential der inländischen Arbeitskräfte besser genutzt werden. In einem zweiten Schritt kann der Bundesrat Arbeitgeber dazu verpflichten, offene Stellen den regionalen

Arbeitsvermittlungszentren (RAV) zu melden – vorausgesetzt, dass die Zuwanderung einen bestimmten Wert überschreitet. In einem dritten Schritt – bei gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen – könnte die Schweiz in Abstimmung mit der EU weitere Massnahmen zur Senkung der Zuwanderung beschliessen.


Einen Antrag für verschärfte Abhilfemassnahmen, die der Bundesrat auch ohne Einverständnis der EU beschliessen könnte, lehnte der Nationalrat mit 98 zu 93 Stimmen bei 5 Enthaltungen ab. Auch verschiedene Anträge, den neuen Verfassungsartikel mittels von Kontingenten umzusetzen, fanden keine Mehrheit.


Der Ball liegt nun beim Ständerat: Die Staatspolitische Kommission der kleinen Kammer (SPK-S) wird im Oktober und November die Gesetzesvorlage zur Steuerung der Zuwanderung vorberaten, bevor das Plenum in der Wintersession 2016 darüber entscheidet. Im Falle von Differenzen zwischen den beiden Räten wird die Differenzbereinigung ebenfalls in der Wintersession stattfinden, damit das Parlament am 16. Dezember 2016 das Gesetz verabschieden kann.

Parallel dazu muss der Bundesrat bis Ende Oktober entscheiden, ob er der Volksinitiative «Raus aus der Sackgasse (RASA)», welche den Volksentscheid über die Masseneinwanderungsinitiative rückgängig machen will, einen Gegenvorschlag gegenüberstellen will.

Protokoll des Nationalrats vom 21. September 2016

Ausserdem haben die Parlamentarierinnen und Parlamentarier ...

 ... im Stände- und Nationalrat die Differenzen im Bundesgesetz über die Gesundheitsberufe (**15.077**) bereinigt. Die Räte einigten sich darauf, interprofessionale Gesundheitsberufe in den kommenden vier Jahren mit maximal 8 Millionen Franken zu unterstützen. Diese Ausgaben müssen jedoch im Bundeshaushalt kompensiert werden.

 ... im Ständerat eine Motion von Ständerat Thomas Minder (**16.3426**) mit 27 zu 11 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Der Vorstoss verlangte, dass die Kommission für Technologie und Innovation (KTI) künftig nur noch Projekte

von Schweizer KMU fördern darf. Durch die Ablehnung der Motion kann die KTI, respektive künftig Innosuisse, weiterhin auch Entwicklungsprojekte mit in der Schweiz angesiedelten internationalen Konzernen unterstützen.

VOM BUNDESRAT BEANTWORTETE VORTÖSSE

Elektronische medizinische Daten. Eine geschützte, transparente und zielgerichtete Datenerhebung im revidierten Bundesgesetz über den Datenschutz sicherstellen

- Postulat (16.3384) von Nationalrat Claude Bégli (CVP).
Eingereicht am 6. Juni 2016.
Der Bundesrat hat am 17. August 2016 die Annahme des Postulats beantragt.
-

Wie nötig, effizient und kompetitiv ist die Schweizer Agrarforschung?

- Interpellation (16.3405) von Nationalrätin Sandra Sollberger (SVP).
Eingereicht am 8. Juni 2016.
Der Bundesrat hat am 31. August 2016 darauf geantwortet.
-

Flüchtlingen den Zugang zu den Schweizer Hochschulen erleichtern

- Motion (16.3406) von Nationalrat Mathias Reynard (SP).
Eingereicht am 8. Juni 2016.
Der Bundesrat hat am 17. August 2016 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Innovationsförderung für Schweizer KMU statt für internationale Grosskonzerne

- Motion (16.3426) von Ständerat Thomas Minder (parteilos).
Eingereicht am 13. Juni 2016.
Der Bundesrat hat am 24. August 2016 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Teuerung nur ausgleichen, wenn es eine Teuerung gibt

- Motion (16.3451) der FDP-Fraktion.
Eingereicht am 15. Juni 2016.
Der Bundesrat hat am 17. August 2016 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Streichung des zweiten Lehrstuhls für Moderne Französische Literatur an der Universität Zürich

- Interpellation (16.3456) von Nationalrat Mathias Reynard (SP).
Eingereicht am 15. Juni 2016.
Der Bundesrat hat am 17. August 2016 darauf geantwortet.
-

Studienerfolg erheben, Qualität sichern

- Motion (16.3473) von Nationalrätin Andrea Gmür-Schönenberger (CVP).
Eingereicht am 16. Juni 2016.
Der Bundesrat hat am 24. August 2016 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Effizienz- und Qualitätsgewinn im Schweizer Bildungswesen

- Postulat (16.3474) von Nationalrat Thomas de Courten (SVP).
Eingereicht am 16. Juni 2016.
Der Bundesrat hat am 24. August 2016 die Ablehnung des Postulats beantragt.
-

Erasmus und Masseneinwanderungs-Initiative. Was sind die wirklichen Folgen?

- Interpellation (16.3477) von Nationalrätin Alice Glauser-Zufferey (SVP).
Eingereicht am 16. Juni 2016.
Der Bundesrat hat am 24. August 2016 darauf geantwortet.
-

Sponsoring von Lehrstühlen an Hochschulen für Tierversuche und Ersatzmethoden

- Anfrage (16.1030) von Nationalrätin Maya Graf (GPS).
Eingereicht am 16. Juni 2016.
Der Bundesrat hat am 17. August 2016 darauf geantwortet.
-

Wie steht es um die Zukunft von Agroscope?

- Interpellation (16.3492) von Ständerätin Géraldine Savary (SP).
Eingereicht am 16. Juni 2016.
Der Bundesrat hat am 31. August 2016 darauf geantwortet.
-

Angeblicher Rückfluss bei EU-Forschungsrahmenprogrammen

- Interpellation (16.3553) von Nationalrat Felix Müri (SVP).
Eingereicht am 17. Juni 2016.
Der Bundesrat hat am 24. August 2016 darauf geantwortet.
-

Einseitige Fachtagung der ETHZ unter dem Titel Dialog zu den neuen Gentech-Pflanzenzüchtungsmethoden

- Interpellation (16.3593) von Nationalrätin Maya Graf (GPS).
Eingereicht am 17. Juni 2016.
Der Bundesrat hat am 17. August 2016 darauf geantwortet.
-

Unsere Hochschulen sollen bei der Ausgestaltung und der Evaluation gewisser Bereiche der staatlichen Politik mit einbezogen werden

- Interpellation (16.3602) von Nationalrat Claude Bégli (CVP).
Eingereicht am 17. Juni 2016.
Der Bundesrat hat am 24. August 2016 darauf geantwortet.
-

Start-ups definieren und besser unterstützen

- Postulat (16.3615) von Nationalrat Claude Bégli (CVP).
Eingereicht am 17. Juni 2016.
Der Bundesrat hat am 24. August 2016 die Ablehnung des Postulats beantragt.
-

Für eine Migrationspolitik, die helle Köpfe in die Schweiz lockt

- Postulat (16.3619) von Nationalrat Fathi Derder (FDP).
Eingereicht am 17. Juni 2016.
Der Bundesrat hat am 31. August 2016 die Ablehnung des Postulats beantragt.
-

Auswirkungen der Akademisierung der Pflegeberufe

- Postulat (16.3500) von Nationalrätin Verena Herzog (SVP).
Eingereicht am 16. Juni 2016.
Der Bundesrat hat am 7. September 2016 die Ablehnung des Postulats beantragt.
-

Mit Start-up-Visa die besten Talente in die Schweiz locken

- Interpellation (16.3618) von Nationalrat Fathi Derder (FDP).
Eingereicht am 17. Juni 2016.
Der Bundesrat hat am 16. September 2016 darauf geantwortet.
-

Ist die Weiterentwicklung der ETH Zürich in Gefahr?

- Interpellation (16.3510) von Nationalrätin Regine Sauter (FDP).
Eingereicht am 16. Juni 2016.
Der Bundesrat hat am 23. September 2016 darauf geantwortet.

NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE

Teuerung nur ausgleichen, wenn Teuerung anfällt

- Motion (16.3705) von Ständerat Josef Dittli (FDP).
Eingereicht am 27. September 2016.
-

Fehlende Fachkräfte selber ausbilden statt Kontingente erhöhen

- Motion (16.3729) der Sozialdemokratischen Fraktion.
Eingereicht am 28. September 2016.
-

Fachkräfteinitiative. Erhöhung des Frauenanteils bei ICT-Berufen

- Motion (16.3730) von Nationalrätin Min Li Marti (SP).
Eingereicht am 28. September 2016.
-

Revision des Urheberrechtsgesetzes. Werden die Vernehmlassungsergebnisse gesetzeskonform veröffentlicht? Nimmt der Bundesrat seine Verantwortung wahr, einen Gesetzesentwurf zu erarbeiten?

- Anfrage (16.1056) von Nationalrat Balthasar Glättli (GPS).
Eingereicht am 28. September 2016.
-

Im Hochschulrat müssen alle massgeblichen Hochschulträger vertreten sein

- Parlamentarische Initiative (16.462) von Nationalrat Christoph Eymann (LDP).
Eingereicht am 27. September 2016.
-

Eine zentrale Informationsplattform für die öffentliche Innovationsförderung?

- Interpellation (16.3737) von Ständerat Beat Vonlanthen (CVP).
Eingereicht am 28. September 2016.
-

Umsetzung des neuen Verfassungsartikels 67a zur Förderung der Musikalischen Bildung

- Interpellation (16.3764) von Nationalrätin Martina Munz (SP).
Eingereicht am 29. September 2016.
-

Ärztmangel als wirkliches Problem?

- Interpellation (16.3821) von Nationalrat Heinz Brand (SVP).
Eingereicht am 29. September 2016.
-

Mitverantwortung des Bundes bei der Förderung der politischen Bildung

- Interpellation (16.3833) von Nationalrätin Viola Amherd (CVP).
Eingereicht am 29. September 2016.
-

Schweizer Klimadelegation an der COP. Wissenschaftsvertretung ermöglichen

- Anfrage (16.1065) von Nationalrätin Kathy Riklin (CVP).
Eingereicht am 29. September 2016.
-

Welche Perspektiven hat die Förderung der Berufsbildung im Ausland?

- ↗ Interpellation (16.3782) von Ständerat Claude Hêche (SP).
Eingereicht am 29. September 2016.
-

Steigende Tierversuchszahlen an Hochschulen. Wo bleibt die Güterabwägung?

- ↗ Interpellation (16.3839) von Nationalrätin Maya Graf (GPS).
Eingereicht am 30. September 2016.
-

Forschungsprogramme zur Kirschessigfliege auch für Hochstammobstanbau

- ↗ Interpellation (16.3840) von Nationalrätin Maya Graf (GPS).
Eingereicht am 30. September 2016.
-

Welche Beiträge plant der Bundesrat für Unternehmen mit langen Forschungs- und Entwicklungsphasen?

- ↗ Interpellation (16.3862) von Nationalrat Fathi Derder (FDP).
Eingereicht am 30. September 2016.
-

Bildung in Flüchtlingslagern unterstützen

- ↗ Postulat (16.3887) von Nationalrat Claude Bégli (CVP).
Eingereicht am 30. September 2016.
-

Vorhandene Daten zum Studienerfolg publizieren

- ↗ Motion (16.3895) von Nationalrätin Andrea Gmür-Schönenberger (CVP).
Eingereicht am 30. September 2016.

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

KONTAKT

Netzwerk FUTURE

Münstergasse 64/66, 3011 Bern

Tel. 031 351 88 46, Fax 031 351 88 47

info@netzwerk-future.ch

www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik.
Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI)
und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

4. Oktober 2016
